nach, damit aber verträgt sich äußerst schlecht eine Hebung der Lage der Arbeiter. Wie G. F. Knapp in seiner „Bauernbefreiung" die schlimmsten Beispiele der Bauern- und Unterthanenschinderei in Oberschlesien gefunden hat, so muß man auch für die modernen Verhältnisse die Beispiele der gröblichsten Vergewaltigung der Industriearbeiter in Oberschlesien suchen.

Als neues für die Hebung der Arbeiterlage erschwerendes Moment kommt dazu noch die Nationalität der Arbeiterschaft. Die größere körperliche Widerstandskraft des Slaven ermöglicht ihm das Auskommen mit Lohnsätzen, bei denen der an höhere Lebenshaltung gewöhnte und weniger widerstandsfähige Deutsche nicht mehr auskommt. Besonders der Zuzug neuer polnischer Arbeiter aus den oberschlesischen Landgegenden und aus Oesterreich und Rußland hat bisher immer noch die Niedrighaltung des Lebens der Arbeiter ermöglicht; die unbotmäßig werdenden Arbeiter werden nach anderen Gegenden getrieben. Gerade in der gegenwärtigen Zeit der günstigen und besonders für Oberschlesien günstigen Geschäftslage ziehen die großen Kohlen- und Eisenwerke daraus kolossale Vorteile: ein planmäßiges und energisches Vorgehen der Arbeiterschaft, um höhere Löhne zu erzwingen, ist hier noch viel weniger denkbar, als „drinnen im Reiche".

Körperlich ist der Pole zwar tüchtiger, als der Deutsche, geistig aber steht er meist noch hinter ihm zurück. Freilich beginnt ihm hie und da etwas von der Solidarität der Interessen aller Arbeiter und von der Notwendigkeit einer Verbindung aller zu demselben Zwecke zu dämmern, allein seine Betätigung oppositioneller Gedanken äußert sich in Zeiten der Ruhe noch viel zu schwach, und in aufgeregter Zeit viel zu stürmisch, als daß sie bei einer praktischen Gelegenheit etwas erreichen könnte. Die wenigen deutschen Arbeiter, auch kaum auf dem Standpunkte sonstiger gebildeter deutscher Arbeiter stehend, sind bisher nicht im mindesten im stande gewesen, ihren polnischen Kollegen Vorbilder und Führer zu sein. Die Polen überwiegen an Zahl in den Industriedörfern, die Deutschen überall, aber auch in der größten Mittelstadt des Industriebezirks, in Königshütte, haben sie die Majorität.

Daß man von den Polen einstweilen nicht viel zu fürchten braucht, weiß man, und um die Arbeiterschaft in ihrem jetzigen Zustande der Unbildung zu lassen, dazu dient die absichtliche Darniederhaltung der oberschlesischen sogenannten Schulen.

So leben viele Tausende deutscher Reichsbürger unter halbrussischen Verhältnissen; von ihrem Schweiße lebt ein Teil des reichsten Adels Deutschlands. Diese Tausende sind unfähig, sich selbst zu helfen, helfen wird ihnen weder die Regierung, noch das in Oberschlesien unbeschränkt herrschende Zentrum, helfen wird und kann ihnen nur die Sozialdemokratie. W.

## Tages-Rundschau.

Dresden, 26. April.

### Der Orientkrieg.

Das Wolffsche Bureau meldet aus Konstantinopel vom 25. April, daß nach einem Telegramm Edhem Paschas die türkische Kavallerie Larissa besetzt habe. Das wäre der erste bedeutende Erfolg der Türken. Um den bisherigen Verlauf des Krieges zu beurteilen, darf nicht vergessen werden, daß die ersten Kämpfe auf türkischem Gebiet sich abgespielt haben, weil die Griechen zuerst die Grenze überschritten haben. Erst durch die Einnahme Metsovas und Nezeros drangen die Türken nach Thessalien und die Einnahme Tournavos eröffnete ihnen den Weg nach Larissa. Von Larissa aus beherrschen die Türken ganz Thessalien. Daß die Türkei 1881 gezwungen war, dieses Gebiet Griechenland abzutreten, kommt jetzt der türkischen Armee zu gute. Denn die Türken finden an Stelle des verwahrlosten, unwegsamen Landes, welches Thessalien unter ihrer Herrschaft war, vorzügliche Chausseen und Eisenbahnen, die sie in wenigen Stunden zum Meer bringen. Von Larissa gelangt man mittelst Eisenbahn in südöstlicher Richtung zum Golf von Volos, direkt dem Süden zu führt eine Fahrstraße über Pharsalos, Domokos zum Othrysgebirge, welches passiert werden muß, um Lamia zu erreichen — das ist der Uebergang von Nord- nach Mittelgriechenland, weiter führt diese Fahrstraße in unmittelbarer Fortsetzung nach Athen. Die Griechen werden jetzt ihre Armee auf die erwähnten Punkte konzentrieren müssen, um den Eingang nach Mittelgriechenland zu versperren. Von der Eisenbahn Larissa-Volos zweigt, nicht weit von dem letztgenannten Endpunkt, bei Pherae eine zweite Eisenbahnlinie ab, welche in schwachem Bogen zuerst gegen Westen, dann gegen Norden führt. Diese Bahn ist wichtig für die Verbindung Thessaliens mit Albanien, also der türkischen Ost- mit der Westarmee. Wenn nun die türkische Armee von den griechischen Straßenbauten Vorteil zieht, so werden die Türken jetzt auch anderseits die Vernachlässigung ihrer eigenen Straßenbauten in Albanien büßen müssen und vor allem die mangelnde Verbindung zwischen den griechischen und türkischen Eisenbahnen, die von den Griechen seit langen Jahren erstrebt, von den Türken ebenso hartnäckig abgeschlagen wurde.

Die Türken gewinnen durch die Einnahme von Larissa eine breite Operationsbasis, deren ihre große und schwerfällige Armee außerordentlich bedarf. Ihr weiteres Vorgehen hängt nun aber nicht unwesentlich von einem Umstand ab: von der Verbindung mit dem türkischen Geschwader. Der Weg zum Meere bereitet jetzt nach dem oben Mitgeteilten den Türken keine Schwierigkeiten, — ob es aber der türkischen Flotte gelingt, in den Golf von Volos zu bringen und auf diesem Wege eine fortgesetzte Lebensmittel- und Kriegsmaterialzufuhr zu der Armee zu unterhalten, ist eine andere Frage. Nach den bisherigen Vorgängen zur See scheint die türkische Flotte gänzlich gefechtsunfähig zu sein, und wenn die soeben hier anlangende Mitteilung der Agence Havas aus Athen vom 25. April, wonach das griechische Ostgeschwader Dedeagatsch bombardiere, eine Stadt, welche sich am Ostende der nördlichen Grenze des ägäischen Meeres befindet und zum Vilajet Adrianopel, dem Herzen der Türkei, gehört, so wird man allerdings annehmen müssen, daß die türkischen Panzerschiffe entweder gar nicht existieren, oder sich hinter Fels und Wand versteckt haben, um die See der griechischen Flotte zu freien Spazierfahrten zu überlassen.

Daß die Türken für Küstenschutz auch nicht das Geringste gethan haben, ist auch jetzt unzweifelhaft erwiesen. Das zeigte schon die spielend leichte Einnahme Platamonas durch die Griechen. Diese ehemalige Festung, die den Küstenweg nach Saloniki beherrscht, hatte gar keine Verteidigungsmittel. Und so kamen denn die Griechen weiter nach Katerini und von Katerini nach Karaburun, stehen jetzt folglich vor Saloniki und beherrschen den ganzen Golf. — Offenbar sind es diese Erfolge der griechischen Flotte, welche bei der türkischen Armeeleitung Besorgnisse vor einer griechischen Truppenlandung in Macedonien erwecken und sie deshalb veranlassen, große Reserven um Saloniki zu sammeln. Ein Telegramm des Reuterschen Bureaus vom 25. April aus Saloniki meldet:

„Es wurde beschlossen, hier eine Reserve-Division von 16 Bataillonen zu bilden. Bisher sind hier 11 Bataillone angekommen, von denen 6 nach Ayonomi und Karaburun gesandt worden sind."

Sonst wissen die letzten Depeschen vom Kriegsschauplatz nur von der Besitzergreifung weiterer einzelner Positionen um Tournavos und Larissa seitens der Türken zu melden.

Ueber die Einnahme von Larissa meldet noch ein Pariser Telegramm vom 25. April:

Nach einer bei der hiesigen türkischen Botschaft eingelaufenen offiziellen Depesche sind die Griechen in großer Unordnung von Larissa geflohen, woselbst sie eine große Menge von Kriegsmaterial und Munition zurückgelassen haben.

Vom westlichen Kriegsschauplatz liegen folgende Berichte vor:

**Arta**, 25. April. In der Ebene von Pentepigadia hat ein Kampf zwischen 1200 Griechen und 2500 Türken stattgefunden. Der Ausgang des Gefechtes ist unbekannt; jedoch ist Manos nach Arta zurückmarschiert; sein Marsch auf Janina ist unterbrochen.

Einem weiteren Gerücht zufolge soll in Prevesa die weiße Flagge gehißt sein, jedoch bedarf dieses Gerücht noch der Bestätigung.

**Konstantinopel**, 25. April. Eine Depesche des Kommandierenden des epeirotischen Korps an den Kriegsminister meldet, daß in einem der vorgestrigen Wiedereroberung des Blockhauses von Pentepigadia vorangegangenen Kampfe der Verlust der Griechen über 300 Tote, 210 Verwundete und 62 Gefangene betragen habe; außerdem sind viel Kriegsmaterial verloren gegangen. Auf Seite der Türken sind 51 Mann getötet, ein Offizier und 73 Mann verwundet worden. — Nach Meldung des Konsulats in Janina bereitet Achmed Hifzi Pascha einen Vormarsch von 15 Bataillonen von Janina aus gegen den Feind vor.

**Arta**, 25. April. 9 Uhr morgens. Bei dem bereits gemeldeten blutigen Gefechte bei Pentepigadia wurden die Griechen nach mehrstündigem Kampfe geschlagen; dieselben griffen aber mit verstärkten Kräften von neuem an und eroberten Pentepigadia. Die Türken zogen sich, ohne ferneren Widerstand zu leisten, zurück. Der Verlust auf griechischer Seite ist bedeutend.

Daß Saloniki von den Griechen ernstlich bedroht ist, ergiebt sich auch daraus, daß die Großmächte sich beeilen, ihren dort ansässigen Bürgern Schutz zu sichern. Die bezüglichen Telegramme lauten:

**Konstantinopel**, 25. April. Auf die von den Botschaftern unternommenen Schritte versprach die Hohe Pforte gestern, Schutzmaßregeln für das Konsulatkorps und die Bevölkerung in Janina zu treffen und den Botschaften eingehende Mitteilung darüber zu machen.

**Paris**, 25. April. Offiziell wird gemeldet, daß auf Ansuchen des französischen Konsuls in Saloniki Admiral Pottier beauftragt worden sei, den Kreuzer Bugeaud aus der Sudabai nach Saloniki zum Schutze der dort ansässigen Franzosen zu senden.

In Frankreich scheint man vor Ungeduld zu brennen, in Griechenland zu intervenieren. So fordert jetzt der „Temps" in pathetischer Weise Griechenland auf, die Intervention der Mächte nachzusuchen.

Die Berufsmilitärs betrachten den griechisch-türkischen Krieg als ein willkommenes Schauspiel, das man in Augenschein nehmen muß. So berichtet die Agence Havas:

**Saloniki**, 25. April. Die Militärattachés der deutschen, österreichisch-ungarischen, französischen und italienischen Botschaft in Konstantinopel sind gestern abend hier eingetroffen, um zu Marschall Edhem Pascha weiterzureisen.

Osman-Pascha, der über den türkischen Oberbefehlshaber den Oberbefehl zu übernehmen hat, befindet sich auf der Reise nach dem Kriegsschauplatz und hat am 25. April bereits Saloniki passiert. Um Edhem-Pascha die Pille zu versüßen, wurde ihm der Nischani-Imtiaz-Orden verliehen, zugleich erhielten die Kommandeure der 6 Divisionen den Großkordon des Osmanie-Ordens mit Brillanten. Ob die türkischen Soldaten davon satt werden?

### Deutschland.

**Die Reichstagsersatzwahl in Königsberg i. Pr.** ist auf den 10. Juni anberaumt worden.

**Im Reichstagswahlkreise Wiesbaden** hat eine Vertrauensmänner-Versammlung der Zentrumspartei den päpstlichen Geheimkämmerer Raymund v. Fugger als Kandidaten aufgestellt.

**Zur Handwerkervorlage** haben die Innungsvorstände am Freitag in Berlin Stellung genommen. Sie einigten sich auf eine Erklärung, die zugleich die Unterlage für die Beratung der demnächst stattfindenden Zünftlerkonferenz bilden soll. Diese Erklärung hält an der unbedingten Zwangsinnung fest und lehnt die fakultative Zwangsinnung als auch den Vorschlag des Abg. Gamp als ungeeignet ab. Sie verurteilt diese Vorschläge als geradezu dazu angethan, die Keime der Zwietracht in die Mitgliederkreise immer von neuem auszustreuen.

**Preßgesetzliche Verantwortlichkeit.** Gegen den Chefredakteur des „Kuryer Poznanski" war, wie gemeldet, ein Verfahren eingeleitet worden wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und obrigkeitlichen Anordnungen. Wegen desselben Artikels war der verantwortliche Redakteur des Blattes, Smolinski, der beim „Kuryer" auch als Setzer beschäftigt ist, bereits vor mehreren Monaten verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft und die Beschlußkammer waren der Ansicht, daß Smolinski nur als Strohmann anzusehen sei. Die Strafkammer hielt die Bestrafung des verantwortlichen Redakteurs für allein zulässig und sprach Dr. Skantecki frei.

**Wegen „Begünstigung"** ist bekanntlich gegen den Vorleger der „Bresl. Volkswacht", der für seinen Redakteur eine Geldstrafe bezahlt hatte, ein Strafverfahren eingeleitet worden. Das erste auf Freisprechung lautende Urteil wurde von der Revisionsinstanz aufgehoben. Jetzt hat die Strafkammer in Breslau zum zweitenmal entschieden. Das Urteil lautet wiederum auf Freisprechung.

**Die Ernennung des Herrn v. Köller** zum Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein soll, wie dem „Berl. Tagebl." aus Kiel gemeldet wird, endgiltig gescheitert sein.

### Oesterreich-Ungarn.

**Wien**, 25. April. (Telegr.) Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht die Sprachenverordnungen für Mähren, welche mit denen für Böhmen vollkommen sind.

### Italien.

**Rom**, 25. April. (Telegr.) Drei wegen Verdachts der Mitschuld an dem Attentat gegen König Humbert verhaftete Personen, Peter Callabona, Pascal Beneruba und Friedrich Gudini, wurden wieder freigelassen.

## Zur Maifeier.

In **Mährisch-Ostrau** fand vorige Woche ein von 3000 Personen besuchtes Meeting als Kundgebung für den Achtstundentag und den 1. Mai als Arbeiterfeiertag statt. Reichsratsabgeordneter Berner referierte tschechisch, Genosse Reger polnisch und Genosse Gottwald deutsch unter dem tosenden Beifall der Versammlung, die mit einstimmiger Annahme einer Resolution schloß, die den Achtstundentag fordert, am 1. Mai Arbeitsruhe beschließt und gegen die Verwendung österreichischer Soldaten in den kretischen Kämpfen protestiert. Nach dem Meeting begaben sich 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Witkowitzer Friedhof, um durch die Gräber der 1891 erschossenen Arbeiter mit rotbeschleiften Kränzen zu schmücken. Die Genossen Reger, Berner und Bondrich feierten die Toten in kurzen Ansprachen. Die Ruhe wurde nirgends gestört.

**Budapest.** Der Minister des Innern hat anläßlich der bevorstehenden Maifeier der Arbeiter angeordnet, daß am 1. Mai weder Aufzüge, noch sonstige Straßenkundgebungen oder Versammlungen stattfinden dürfen.

**Der 1. Mai als behördlich anerkannter Feiertag der Arbeit.** Im Armenrat des Bezirks Poplar in Ost-London stellte am 21. April der sozialistische Armenvertreter Lansbury den Antrag, daß im ganzen Dienst des Armenrats der 1. Mai als Feiertag begangen werde. Nach lebhafter Diskussion ergab die Abstimmung über den Antrag Stimmengleichheit, so daß der Entscheid beim Vorsitzenden, dem Geistlichen Mac-madika Here, Vikar in Poplar, lag. Der Genannte gab seine Stimme für den Antrag ab, so daß die alten Leute im Armenhaus, die Bureaubeamten und die Mehrzahl der Aufwärter ꝛc. zum erstenmal am Festtag der Arbeit Feiertag haben werden.

## 3. Generalversammlung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Braunschweig, 23. April.

Aus der heutigen Vormittagssitzung ist noch nachzutragen, daß ein Antrag, die Beziehungen zur Generalkommission abzubrechen, abgelehnt worden ist.

(Nachmittagssitzung.)

Zur Beratung steht die Bedingung, unter welcher der Uebertritt der Berliner Lokalorganisation zum Deutschen Metallarbeiterverband erfolgen kann.

Nach einem Referat des Kollegen Litfin-Berlin und kurzer Debatte erfolgte die Abstimmung, durch welche gegen nur eine Stimme die Statutenberatungskommission ermächtigt wird, die Statuten nach den Anträgen des Vorstandes zu ändern. Diese Anträge enthalten die Wünsche der lokalorganisierten Berliner Kollegen. Damit ist der Uebertritt des Lokalverbandes der Berliner Metallarbeiter zu den von diesen gestellten Bedingungen gutgeheißen.

Es folgt die Beratung über die Presse.

Nach einem kurzen Referat des Redakteurs Schermt, an dessen Thätigkeit nur ganz geringfügig: Ausstellungen gemacht werden, kommen folgende Anträge zur Annahme:

1. Die langatmigen Berichte sind zu kürzen, dagegen mehr Wert auf Feuilleton (allgemein technische Artikel) zu legen.
2. Inserate, betr. Arbeitsgesuche von solchen Orten, an welchen Arbeitsnachweise in den Händen der Arbeiter sind, dürfen nicht mehr aufgenommen werden.
3. Eine Einrichtung in der Zeitung zu schaffen, durch welche Artikeln die Aufnahme ermöglicht wird, die der Aufklärung der Frauen dienen.

Auf Antrag der Beschwerdekommission beschließt die Generalversammlung, die Kollegen Urban-München und Großberndt-Ohligs als vollberechtigte Mitglieder wieder anzuerkennen.

Braunschweig, 24. April.

Zur Beratung steht § 21 des Statuts, Streikreglement. Es werden nach längerem Referat Segitz' folgende Beschlüsse gefaßt: Verwaltungsstellen mit 3000 Mitgliedern können selbständig (ohne Genehmigung) des Vorstandes in Streiks eintreten und die Sperre über Werkstätten verhängen. Beabsichtigte Angriffsstreiks müssen dem Vorstand 3 Monate vorher mitgeteilt werden. Abwehrstreiks sind 24 Stunden vorher zu melden. Bei jedem Streik hat der Vorstand einen Bevollmächtigten in das Streikgebiet zu senden. Innerhalb 3 Tagen ist ein Situationsbericht an den Vorstand zu senden. Sobald ein Streik länger als 4 Wochen dauert, muß die Entsendung des Bevollmächtigten wiederholt werden. Die Karenzzeit für den Bezug von Streikunterstützung wird auf 26 Wochen festgesetzt. Der Vorstand ist berechtigt, in besonderen Fällen diese Zeit auf 13 Wochen zu verkürzen. (Früher hieß es: ganz fortfallen zu lassen.) Sobald eine Woche kein Bericht an den Vorstand erstattet wird, ist derselbe berechtigt, das Weiterzahlen der Streikgelder zu verweigern. Wenn gleichzeitig mehrere Streiks bestehen, so ist in der Unterstützungsgenehmigungsfrage denjenigen der Vorzug zu geben, die auf Verkürzung der Arbeitszeit gerichtet sind. Diese Fassung des Streikreglements wird einstimmig angenommen. Ebenso eine Resolution folgenden Inhalts: Streiks wegen Maßregelung sind zu vermeiden, dafür aber die Unterstützung der Gemaßregelten reichlicher zu bemessen. Ob Maßregelung vorliegt, entscheidet der Vorstand, resp. die Mitgliederversammlung des betr. Ortes. Sperren sollen nur dann verhängt werden, wenn daraus ein Vorteil für die Mitglieder entstehen kann. Sammellisten darf nur der Vorstand ausgeben. — Es folgt Statutenberatung. Die wesentlichen Aenderungen betreffen Erweiterung der Rechte derjenigen Verwaltungen, welche mehr als 3000 Mitglieder haben. Diesen Verwaltungen wird das Recht zugestanden, Unterstützungen in besonderen Notfällen ohne Genehmigung des Vorstandes zu bewilligen. Ebenso kann Rechtsschutz von solchen Verwaltungen selbständig erfolgen. Diese Beschlüsse sind zur Herbeiführung des Uebertritts des Berliner Lokalverbandes notwendig. Zur Errichtung einer Verwaltung ist die Beitrittserklärung von mindestens 20 Mitgliedern notwendig (früher 10). Den Ortsverwaltungen können 5 Proz. vom Viertel der Mitgliedsbeiträge, die zur Verwendung am Orte zur Verfügung stehen, als Vergütung für ihre Thätigkeit bewilligt werden. Die Abmessung der Zahl der Delegierten zur Generalversammlung soll nach der Zahl der zahlenden Mitglieder stattfinden und dabei eine Leistung von 10 Beiträgen pro Quartal zu Grunde liegen. Den Delegierten werden 9 M. (früher 8 M.) Tagesdiäten bewilligt. Die Verhandlungen der Generalversammlung sollen für die Folge stenographisch aufgenommen werden. Die Einführung der Urabstimmung wird in der Weise vorgenommen, daß die Vornehmung derselben von der jeweiligen Generalversammlung beschlossen werden muß. Den Mitgliedern anderer Metallarbeiterorganisationen wird der Beitritt ohne Eintrittsgeld gestattet. Das Statut, das gegen 4 Stimmen angenommen wird, tritt am 1. Juli in Kraft.

Außerdem wird noch beschlossen: Der Vorstand hat die Einführung des Einkassierer-Systems vorzunehmen. — Unbeschriebene Stimmzettel für die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung sind ungiltig. Das Gehalt des 1. Vorsitzenden, Kassierers und Sekretärs wird auf 165 M. festgesetzt, für den Redakteur 180 M., für den Hilfsarbeiter 140 M. Der Sitz des Verbandes bleibt Stuttgart. Die bisherigen besoldeten Beamten werden (Schlicke mit 70, Reichelt mit 65, Werner mit 70 Stimmen) wiedergewählt. Der Redakteur Scherm erhielt nur 56 Stimmen. 2. Vorsitzender ist wiederum Pfeifer. Der Ausschuß bleibt in Frankfurt a. M. Vorsitzender ist Dejung. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung und den Verband wird der Kongreß geschlossen.

---

sind immer sehr viele, aber Männer nicht. Wir hätten andere Regimenter, wenn alle die Ratgeber lieber in den Regimentern blieben, wie du.

„Ich werde dir sagen, was geschieht," sprach er, da Fürst Andrei schwieg. „Ich werde es abwarten!" sprach er gedehnt. „Und nun lebe wohl, mein Lieber, und denke daran, daß ich von ganzer Seele deinen Verlust teile und daß ich dir nicht ‚Durchlaucht', nicht Fürst und kein Obergeneral, sondern ein Vater bin. Wenn du also in Not geraten solltest, so wende dich nur an mich! Lebe wohl, mein Sohn!" und wieder umarmte und küßte er Fürst Andrei.

Die Unterredung mit Kutusow übte auf Fürst Andrei, ohne daß er es sich erklären konnte, einen wohlthätigen Einfluß aus. Er kehrte zu seinem Regiment zurück, beruhigt über den allgemeinen Gang der Dinge und in festem Vertrauen auf denjenigen, dem sie anheimgegeben waren. Der Mangel jedes persönlichen Interesses bei diesem Greise, in welchem gleichsam nur der Hang der Leidenschaft und, statt des Geistes, der die Fakta gruppiert und Schlüsse daraus zieht, nur allein die ruhige Erwägung des Ganges der Ereignisse verblieben war, überzeugte Fürst Andrei, daß alles so sein werde, wie es auch sein müsse. „Er wird nichts Besonderes erfinden," dachte er, „aber er hört alles an, merkt auf alles, stellt alles an seinen Platz; das Nützliche zerstört er nicht, nur das Schädliche duldet er nicht. Er versteht, daß es etwas giebt, das stärker und wichtiger ist, als sein Wille — der unvermeidliche Gang der Ereignisse; er sieht sie und versteht ihre Bedeutung zu würdigen und angesichts dieser Bedeutung auf die Teilnahme seines persönlichen Willens an diesen Ereignissen zu verzichten."

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-18970427/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG